

Im Brennpunkt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Hilfsbereitschaft der bayerischen Einsatzkräfte im Katastrophenschutz, ob von Feuerwehren, freiwilligen Hilfsorganisationen oder dem Technischen Hilfswerk, hört nicht an der Gemeinde- oder Landkreisgrenze auf. Gerade bei der Schneekatastrophe hat sich die überwältigende Bereitschaft zur überörtlichen Katastrophenhilfe gezeigt. Zehntausende Einsatzkräfte aus weiten Teilen Bayerns leisteten Hilfe. Auch die Bundeswehr sowie die Bundes- und Landespolizei halfen tatkräftig mit. Und es gab noch weit mehr Hilfsangebote, auf die man nicht mehr zurückgreifen musste.

Diese große Hilfsbereitschaft hört auch nicht an Bayerns und Deutschlands Grenzen auf. In einer engen Gemeinschaft wie der Europäischen Union ist die staatenübergreifende Zusammenarbeit und Katastrophenhilfe eine Selbstverständlichkeit.

Zwar gilt der Grundsatz, dass jeder EU-Mitgliedsstaat hinsichtlich Gewinnung, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung seiner Einsatzkräfte eigenverantwortlich Vorsorge treffen muss und dies nicht der EU oder seinen Nachbarstaaten überlassen kann. In besonderen Katastrophenfällen müssen sich die EU-Mitgliedsstaaten aber gegenseitig unterstützen.

Wir sind sehr froh, dass im März das bestehende EU-Katastrophenschutzverfahren weiter verbessert wurde. Durch die Einrichtung einer gemeinsamen europäischen Reserve, bestehend aus sog. »rescEU«-Einheiten, sollen die Abwehrkapazitäten im Katastrophenschutz gestärkt werden. Denn es kann überall unvorhersehbare Extremsituationen geben, die kein Staat mehr mit den eigenen Mitteln bewältigen kann. Dies kann jedes Land treffen, wie sich bei den verheerenden Wald-

bränden in Schweden im vergangenen Sommer gezeigt hat. In diesen Ausnahmefällen kann jeder EU-Staat um Hilfe durch Entsendung der »rescEU«-Einheiten bitten.

Die »rescEU«-Einheiten werden durch die Mitgliedstaaten erworben, gemietet oder geleast, die dazu allerdings finanzielle Unterstützung aus EU-Finanzmitteln erhalten können. Kommen »rescEU«-Einheiten oder andere von EU-Staaten entsandte Einheiten zum Einsatz, bleibt es wie bei der interregionalen Hilfe dabei, dass diese gemäß den einschlägigen nationalen bzw. landesrechtlichen Vorschriften den örtlich Verantwortlichen unterstellt werden. Eine ausführliche Vorstellung des neuen Verfahrens finden Sie in dieser *brandwacht*.

»rescEU« trägt dazu bei, die gegenseitige Solidarität zu stärken, ohne dabei die Eigenverantwortung und die unterschiedlichen nationalen Kompetenzen und Strukturen der Länder außer Acht zu lassen. Die EU setzt dabei auch auf Bayern als starke Region im Herzen der EU.

Ihr



Joachim Herrmann, MdL
Staatsminister

Ihr



Christos Stylianides
EU-Kommissar für humanitäre
Hilfe und Krisenmanagement

